



Stellungnahme zum Waffenstillstand in Gaza und zur deutschen Verantwortung

Als Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) e.V. sind wir erleichtert darüber, dass nach zwei Jahren des Vernichtungskrieges in Gaza endlich die Waffen schweigen. Wir sind erleichtert darüber, dass bei dem Gefangenaustausch fast 3000 palästinensische Gefangene – die meisten von ihnen saßen ohne Grund und ohne Anklage in israelischen Foltergefängnissen – freigelassen wurden und dass die israelischen Geiseln zu ihren Familien zurückkehren konnten. Wir sind erleichtert darüber, dass Israel zusagen musste, wieder mehr humanitäre Hilfe nach Gaza zu lassen. Trotzdem teilen wir die Euphorie über den Frieden und die Initiative Trumps nicht.

Im Gegenteil – wir sind besorgt. Denn nach wie vor hält die israelische Armee die Hälfte des Gazastreifens besetzt und schießt trotz der Waffenruhe auf Palästinenser, die verzweifelt versuchen in die Ruinen ihrer Häuser zurückzukehren. Darunter die Shaaban-Familie, die letztes Wochenende elf Familienmitglieder – unter ihnen sieben Kinder – verlor, als ihr Bus von israelischen Scharfschützen beschossen wurde.

Nach wie vor hält Israel über 9.100 Palästinenser unter unmenschlichsten Bedingungen fest – mehr als die Hälfte davon ohne Anklage und ohne Gerichtsverfahren. Genannt sei nur der Kinderarzt Hussam Abu Safiya, der sich während der Belagerung des Kamal Adwan Krankenhauses weigerte, das Hospital zu räumen und seine schutzlosen Patienten allein zu lassen.

Nach wie vor sind nicht alle Grenzübergänge nach Gaza geöffnete. Nach Auskunft von Hilfsorganisationen lässt Israel nur die Hälfte der vereinbarten Lastwagenladungen nach Gaza rein. Selbst lebensnotwendige, medizinische Hilfsgüter wie Impfschutz werden an der Grenze blockiert, so UNICEF-Sprecher James Elder. Nach wie vor wird 15.000 Schwerverletzten, die dringend im Ausland behandelt werden müssten, die Ausreise über den Grenzübergang Rafah nach Ägypten durch die IDF verweigert.

Wir sind besorgt, weil sich die Ziele Netanjahus und seiner Minister, den Gazastreifen ethnisch zu säubern, nicht in Luft aufgelöst haben und wir befürchten müssen, dass sie nach Vorwänden suchen werden, um die Entvölkerung Gazas militärisch oder mit anderen Mitteln fortzusetzen.

Wir sind auch besorgt, dass durch den medialen Fokus auf den Waffenstillstand in Gaza der Krieg gegen die Palästinenser in der Westbank durch radikale Siedler und die IDF intensiviert wird. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden über 1.000 Palästinenser in der Westbank ermordet, 40.000 wurden aus ihren Häusern vertrieben, 7.750 als Geiseln genommen.

Und wir sind besorgt, dass nach dem Waffenstillstand der Druck auf den Internationalen Strafgerichtshof steigt, die Anklage gegen Netanjahu wegen seiner Kriegsverbrechen fallen zu lassen. Aber ohne Gerechtigkeit kann es keinen Frieden geben. Wir nehmen erstaunt zur Kenntnis, dass bei den Diskussionen über die Finanzierung des Wiederaufbaus Gazas die Frage der Reparationen durch Israel, das für die komplette Zerstörung Gazas verantwortlich ist, völlig ausgeklammert wird, während die EU russische Guthaben für die Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine eingefroren hat. Wir möchten daran erinnern, dass große Teile der Infrastruktur und der Sozialeinrichtungen in Gaza durch die EU und ihre Mitglieder finanziert wurden.

Zurzeit berät der UN-Sicherheitsrat über die Einsetzung einer internationalen Friedenstruppe, deren Aufgabe die Entwaffnung der Hamas und anderer Widerstandsorganisationen ist, um die Sicherheit Israels zu schützen. Zu unserem Erstaunen bleibt die Frage des Schutzes der Palästinenser in Gaza und der Westbank vor der Gewalt der Siedler und der israelischen Armee völlig ausgeblendet.

An keiner Stelle ist in dem international bejubelten Plan von Trump die Rede von dem Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat. Im Gegenteil sieht der Plan für Gaza eine Technokraten Verwaltung unter Kontrolle eines „Board of Peace“ vor, dem Trump höchstpersönlich und in seinem Schlepptau der ehemalige britische Premier Tony Blair vorstehen soll. Damit werden genau dieselben kolonialen Abhängigkeitsstrukturen, die zum Auslöser des 7. Oktober wurden, reproduziert.

Der Trump-Plan setzt sich über die Grundsätze des Völkerrechts hinweg, deren Einhaltung der Internationale Gerichtshof (IGH) im Juli 2024 und die UN-Vollversammlung im September 2024 von allen UN-Mitgliedern eingefordert haben: Die Durchsetzung des bedingungslosen Rechts der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung, einen eigenen Staat und die Aufforderung an Israel, sich innerhalb eines Jahres aus allen besetzten Gebieten – einschließlich Ostjerusalems – zurückzuziehen.

Die DPG hat immer betont, dass der Schlüssel zum Frieden im Nahen Osten im Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihrem Recht auf Gründung eines unabhängigen Staates liegt.

Wir fordern die Bundesregierung dringend auf, es Frankreich, Spanien, Kanada und anderen gleich zu tun, und den Staat Palästina anzuerkennen.

Wir weisen zugleich darauf hin, dass die Anerkennung Palästinas ein Lippenbekenntnis und politisches Feigenblatt bleibt, wenn dem nicht konkrete Sanktionsmaßnahmen folgen. Der IGH hat in seinem Rechtsgutachten nicht nur die Besatzung als völkerrechtswidriges Apartheidregime gebrandmarkt, sondern Drittstaaten in die Verantwortung genommen, mit konkreten Maßnahmen Israel zu zwingen, die Besatzung zu beenden. Auch Deutschland hat Folge zu leisten.

Deswegen fordern wir die Bundesregierung im Rahmen ihrer völkerrechtlichen Verantwortung auf zu handeln und *erstens* jede militärische Zusammenarbeit mit Israel einzustellen, *zweitens* in der EU die Aufkündigung des Assoziierungsabkommens mit Israel nicht länger zu blockieren und *drittens* umfassende Sanktionen gegen Siedler, israelische Institutionen und Politiker, die die Siedlungstätigkeit vorantreiben sowie Unternehmen, die durch die Siedlungstätigkeit profitieren, zu verhängen.

Ivesa Lübben

Stellvertretende Präsidentin der DPG

19.10.2025



Facebook und Instagram

